

Telegramme

Beraterförderung: Kleine und mittlere Betriebe profitieren

Das Wirtschaftsministerium fördert die Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Dienstleistung, Industrie und Handel mit insgesamt rund 1,7 Millionen Euro. Mit der Förderung können im Jahr 2017 insgesamt 16.500 Beratungstage für kleine und mittlere Unternehmen aus Handwerk, Dienstleistung, Industrie und Handel im Land geleistet werden. Die geförderten Beratungen werden von den baden-württembergischen Handwerkskammern, Landesinnungsverbänden des Handwerks sowie sonstigen Wirtschaftsverbänden durchgeführt. Grundlage des Förderprogramms ist das Gesetz zur Mittelstandsförderung. Es richtet sich an Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten und bietet den Unternehmen die Möglichkeit einer Förderung für Kurzberatungen. Gegenstand der Beratungen sind wirtschaftliche, technische und organisatorische Themen der Unternehmensführung einschließlich der Anpassung an neue Wettbewerbsbedingungen. Darüber hinaus werden auch Beratungen zum betrieblichen Umweltschutz, zur Energieeinsparung oder zur Erschließung von Auslandsmärkten gefördert.

Bürgerschaftsbank: Mit Geschäftsverlauf sehr zufrieden

Bei der Bürgerschaftsbank Baden-Württemberg bleibt in den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 die Anzahl der Genehmigungen auf einem stabilen Niveau. Insgesamt wurden 1.062 Zusagen über ein Volumen von 269,6 Millionen Euro erteilt (+10,1 Prozent). Über 60 Prozent der Vorhaben entfallen auf die Finanzierung von Neugründungen und Unternehmensnachfolgen. In Summe wurden in diesem Zeitraum 656 Gründungen und Nachfolgen mit einem Volumen von 98,3 Millionen Euro genehmigt. Insbesondere die Nachfolgen haben in den vergangenen fünf Jahren sowohl in der Stückzahl als auch im Volumen kontinuierlich zugelegt. Waren es im ersten Halbjahr 2012 nur 192 Genehmigungen mit einem Kredit- und Beteiligungsvolumen von 40 Millionen Euro, sind es aktuell 259 mit einem Volumen von 62 Millionen Euro. Grund dafür ist der demografische Wandel. „Wir sind mit unserem aktuellen Geschäftsverlauf sehr zufrieden. Die Zahlen aus den ersten sechs Monaten bieten eine solide Basis für das weitere Jahr“, betont Bürgerschaftsbank-Vorstand Dirk Buddensiek. Gerade von den Neuerungen bei der Startfinanzierung 80 und den Agrar-Bürgerschaften verspreche er sich neue Impulse.

Bauhauptgewerbe: Weiter auf Wachstumskurs

Der baugewerbliche Umsatz liegt nach Ergebnissen des Monatsberichts des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg mit 962 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahresmonat. Im Mai 2017 wurden von den größeren Betrieben des Bauhauptgewerbes (mit 20 oder mehr Beschäftigten) 962 Millionen Euro baugewerblicher Umsatz erwirtschaftet. Das waren 24 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Die Beschäftigtenzahl lag im Mai mit rund 58.000 tätigen Personen um sieben Prozent über der im Mai 2016.

Persönliches

Der ehemalige langjährige Geschäftsführer des Bäckerinnungsverbandes Baden Wolfgang Möbner ist tot. Er hat die Entwicklung des Bäckerhandwerks in Baden und darüber hinaus entscheidend mitgestaltet. Das Handwerk wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Alles Wissenswerte aus Ihrem Kammerbezirk

unter:
deutsche-handwerks-zeitung.de

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Eva Hauser
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
Fax 0711/263709-205
E-Mail: ehauser@handwerk-bw.de

Politiker loben das Handwerk – aber handeln sie auch danach?

Bundestagswahl 2017: Vier Fragen an fünf Spitzenpolitiker aus Baden-Württemberg



Andreas Jung (CDU).

Foto: Otto Kasper Studios



Leni Breymaier (SPD).

Foto: SPD



Kerstin Andreae (Grüne).

Foto: Grüne



Bernd Riexinger (Die Linke).

Foto: Die Linke



Michael Theurer (FDP).

Foto: FDP

Es wird spannend, wenn am 25. September die Wähler darüber entscheiden, wer in den nächsten vier Jahren die Bundesregierung stellt und welche Kandidaten aus Baden-Württemberg den Sprung ins Parlament schaffen. Alle Parteien bekunden ihre Sympathie für das Handwerk. Kein Wunder, erwirtschaften doch die nahezu 133.000 Betriebe mit ihren 788.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 93 Milliarden Euro. Sie leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur florierenden Wirtschaft im Südwesten. Wir fragten den Landesgruppenvorsitzenden Andreas Jung (CDU) und die Spitzenkandidaten Leni Breymaier (SPD), Kerstin Andreae (Grüne), Bernd Riexinger (Die Linke) und Michael Theurer (FDP) ganz konkret nach ihren Positionen. Von der ebenfalls angefragten Spitzenkandidatin der AfD, Alice Weidel, war bis Redaktionsschluss leider keine Stellungnahme zu erhalten.

Steuerpolitik

DHZ: Dem Handwerk liegt eine leistungsgerechte Einkommensbesteuerung sehr am Herzen. Die kalte Progression muss gemindert und der sogenannte Mittelstandsbau muss weg. Wo würden Sie ansetzen?

Jung: Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerquote nicht steigt. Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgeschafft. Wir rechnen mit einer Entlastung von rund vier Milliarden Euro. Die Einkommensteuer wird um gut 15 Milliarden Euro gesenkt. Diese Entlastung soll Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand zugutekommen. Der Spitzensteuersatz wird künftig erst bei einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen.

Breymaier: Um Steuergerechtigkeit zu erreichen, wollen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Dafür wollen wir den Solidaritätszuschlag für untere und mittlere Einkommen ab 2020 abschaffen. Vor allem auch Selbstständige und kleinere Betriebe haben dadurch mehr Luft für Investitionen. Dies gilt für ein Einkommen von Singles bis 52.000 Euro, bei Ehepaaren 104.000 Euro. Den aktuellen Steuersatz von 42 Prozent ab 54.000 Euro zu versteuerndem Einkommen erheben wir künftig erst ab 60.000 Euro, heben dafür aber den Spitzensteuersatz linear-progressiv auf 45 Prozent an, der dann ab 76.200 Euro zu versteuerndem Einkommen für Singles (152.400 Euro für Ehepaare) fällig wird.

Andreae: Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit und eine bessere Entlastung für Unternehmen, die investieren und neue Produkte entwickeln. Wir unterstützen kleine und mittlere Unternehmen mit einem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent. Bei der Einkommensteuer wollen wir kleine und mittlere Einkommen gleichermaßen entlasten. Dafür soll der steuerfreie Grundfreibetrag angehoben werden.

Riexinger: Die Linke fordert die Senkung der Einkommensteuer für alle Einkommen bis 7.100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I). Darüber hinaus wollen wir die Reichensteuer anheben und die Abgeltungssteuer abschaffen. Die Erbschaftsteuer sollte gezielt nur für große Vermögen erhöht werden.

Theurer: Die FDP will die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um ca. 30 Milliarden Euro entlasten. Hierfür wollen wir den Solidaritätszuschlag abschaffen, bei der Einkommensteuer den Mittelstandsbau abflachen und die kalte Progression beseitigen. Unser Ziel ist eine faire, leistungsgerechte Einkommensbesteuerung.

Digitalisierung

DHZ: Die Kompetenzen im Bereich Digitalisierung im Bund sind über mehrere Ressorts verteilt. Brauchen wir einen Digitalisierungsminister für dieses Zukunftsthema?

Jung: Digitalisierung wird Chefsache, es wird daher zukünftig im Bundeskanzleramt einen Staatsminister für Digitalpolitik geben. Mit einem Kabinettsausschuss Digitalpolitik wird die Koordinierung zwischen den Ministerien verbessert. Die Bundeskanzlerin wird einen „Nationalen Digitalrat“ berufen, der aus Politik und nationalen sowie internationalen Experten besteht.

Breymaier: Digitalisierung betrifft heute alle Lebensbereiche – von der Arbeitswelt über die Bildung bis hin zur Gesundheitsversorgung. Da die Anforderungen in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich sind, soll die Digitalisierung auf alle Fälle in jedem Ressort behandelt werden, um allen Fragen gerecht werden zu können. Sicher macht es Sinn, an einer Stelle zu bündeln, ohne dass der Eindruck des Delegierens entstehen darf.

Andreae: Viele Bereiche sind von der Digitalisierung betroffen. Ein Digitalisierungsminister müsste dann auch Eingriffsrechte in fast alle Ressorts haben. Insofern wäre ein eigenes Ministerium schwer umzusetzen. Wir benötigen aber eine Digitalisierungsstrategie mit einer einheitlichen Agenda. Ein Koordinator für Digitales im Bundeskanzleramt könnte die einzelnen Fachbereiche zusammenführen und vorantreiben.

Riexinger: Ein eigenständiges Digitalisierungsministerium ist aus Sicht der Linken nicht notwendig.

Theurer: Die FDP will das sinnvolle Kompetenzgerangel zwischen fünf Bundesministerien bei der Digitalisierung beenden. Daher fordern wir die Einführung eines Digitalministeriums. Dort müssen die Fäden zusammenlaufen.

Berufsbildung

DHZ: Was halten Sie von der Forderung eines Berufsbildungspaktes, der die duale Ausbildung im Handwerk angesichts der Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt unterstützen soll?

Jung: Wir bekennen uns klar zur dualen Ausbildung in Betrieb und Schule. Wir werden den Meisterbrief erhalten und ihn für weitere Berufsbilder EU-konform einführen. Durch einen „Meisterbonus“ wollen wir ermöglichen, dass bei bestandener Meisterprüfung angefallene Gebühren teilweise bis vollständig erstattet werden. Wir werden die berufliche Bildung weiter stärken mit dem Ziel, mehr Aufstiegschancen für dual Ausgebildete zu ermöglichen.

Breymaier: Die duale Ausbildung ist eine der Stärken unseres Bildungssystems und ist für uns gleichwertig mit akademischer Bildung. Eine herausragende Rolle spielt dabei das Handwerk mit rund einem Viertel aller Ausbildungsplätze. Die duale Ausbildung im Handwerk wollen wir modernisieren und attraktiver machen – das bedeutet auch, sie angesichts der neuen Herausforderungen der Digitalisierung zu unterstützen.

Andreae: Wir wollen, dass alle Menschen den Weg in die digitale Arbeitswelt finden. Die duale Ausbildung hat sich bislang bewährt und spielt auch hier eine zentrale Rolle. Es geht nicht nur um die richtigen Lerninhalte, sondern auch um die praktische Umsetzung. In einem Berufsbildungspakt können wir Kompetenzen und Aufgaben bündeln. Damit der Bund sich finanziell beteiligen kann, fordern wir die Aufhebung des Kooperationsverbotes.

Riexinger: Die Linke fordert eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird. Dass es mehr Hochschulangebote für beruflich qualifizierte geben sollte, wird von der Linken ausdrücklich unterstützt. Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung brauchen zunächst vor allem eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung. Darüber hinaus fordert Die Linke ein Bund-Länder-Programm „Sofortmaßnahmen in der Bildung“.

Theurer: Die FDP setzt sich für eine Stärkung der dualen Ausbildung ein. Dafür wollen wir eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung schaffen. Das kann auch in Form eines Berufsausbildungspaktes erfolgen. Dabei wird sich die FDP für mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung einsetzen.

Bürokratieabbau

DHZ: Die „One in, one out“-Regelung, nach der für jede neue Regel eine alte gestrichen wird, oder auch das Bürokratieentlastungsgesetz sind wichtige Ansätze. Aber es gibt noch viel zu tun in Sachen Bürokratieabbau. Was planen Sie für die nächste Legislaturperiode?

Jung: Der jährliche Bürokratieaufwand der Bürger wurde um 8,5 Millionen Stunden reduziert. Das „One in, One out“-Prinzip wird weiter fortgesetzt. Wir streben an, die Zahl neu-

er Gesetzentwürfe in der kommenden Wahlperiode um mindestens 10 Prozent zu reduzieren. Ein digitales Bürgerkonto wird zukünftig sicherstellen, dass alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit elektronisch verfügbar sind.

Breymaier: Wir wollen unnötige Bürokratie abbauen und damit den Mittelstand entlasten. Wir wollen Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien. Die Digitalisierung in der Verwaltung wird dafür sorgen, dass sich die meisten Behördengänge in Zukunft auch schnell, einfach und sicher online erledigen lassen.

Andreae: Wir wollen E-Government ausbauen. Informations- und Meldepflichten „mit einem Klick“ führen zu weniger Aufwand und schnelleren Entscheidungen. Wir wollen höhere Sofortabschreibungen für geringwertige Wirtschaftsgüter und die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge wieder nachträglich durchführen. Das schafft den Betrieben mehr Liquidität und weniger Aufwand, da keine Doppelmeldungen mehr notwendig sind.

Riexinger: In Bundestagsdebatten hat Die Linke die Bundesregierung und den Normenkontrollrat aufgefordert, die 20 aufwändigsten Antragsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger und die 10 aufwändigsten Verfahren für kleine und mittlere Unternehmen zu identifizieren und so zu vereinfachen, dass kaum noch jemand ein Problem hat. Zu diesem Zweck müsste allerdings die bessere Rechtsetzung erstens mit Bürgerinnen und Bürger und mit den KMU getestet werden. Und zweitens müssten Design und Sprache von Formularen und Anträgen – sowohl auf Papier als auch online – durchgehend vom Standpunkt der vollständigen Bürgerfreundlichkeit gestaltet sein. Innerhalb relativ kurzer Zeit wäre ein riesiger Sprung in Sachen Bürgerfreundlichkeit möglich. Zig Millionen Stunden unnötiger Nerverei und Belästigung könnten verschwinden.

Theurer: Die FDP will die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie den kleinen Betrieben durch zu viel Bürokratie abbauen. Dazu schlagen wir mehrere Maßnahmen vor: Erstens wird das „One in, two out“-Prinzip eingeführt; das heißt, neue Regelungen werden nur dann verabschiedet, wenn zugleich in doppeltem Umfang Folgekosten an anderer Stelle zurückgeführt werden. Zweitens sollen neue Regelungen ein Ablaufdatum erhalten, damit überprüft werden kann, ob sie sich bewähren. Drittens sollen Unternehmen sowie Bürger Informationen, die sie an Behörden weitergeben, nur einmal übermitteln müssen. Die Behörden sollen dann in ihrem Auftrag für die Weitergabe an weitere relevante Stellen sorgen, das „Once only“-Prinzip. Viertens will die FDP die Behörden zu „One-Stop-Shops“ ausbauen. Bürger und Unternehmen sollen nur noch zu einem Anlaufpunkt gehen, an dem alles Nötige erledigt werden kann – am besten online. **eh**

Weniger Betriebe im Handwerk

Konzentrationsprozess bei Bäckern und Metzgern

Zum Stichtag 30. Juni waren 132.495 Betriebe bei den Handwerkskammern im Land eingetragen, 222 weniger als zu Jahresbeginn (-0,8 Prozent). Das Plus bei den zulassungsfreien Betrieben konnte die Rückgänge bei den zulassungspflichtigen und den handwerksähnlichen Berufen nicht aufwiegen. Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold weist darauf hin, dass viele Gründungen im Nebenerwerb oder als Soloselbstständige geschehen: „Diese Betriebe bilden nicht aus.“

Mehr zulassungsfreie Betriebe

Im zulassungspflichtigen Handwerk waren 80.294 Betriebe eingetragen. Das waren 393 Betriebe oder 0,5 Prozent weniger als zu Jahresbeginn. Am stärksten sank der Betriebsbestand bei den Feinwerkmechanikern, wo nur noch 3.905 Betriebe eingetragen sind und damit 53 weniger als Anfang Januar. Danach folgen Bäcker (1.745 Betriebe, -47) und Fleischer (2.337 Betriebe, -34). Die Konzentrationsprozesse in diesen Gewerke gingen auch im ersten Halbjahr 2017 weiter. Das Wachstum der zulassungsfreien Berufe setzte sich im ersten Halbjahr 2017 ebenfalls fort. Am Stichtag waren 28.526 Betriebe eingetragen, rund 220 oder 0,8 Prozent mehr als zu Beginn des Jahres. Die höchsten Zuwächse mit 164 Betrieben gab es bei den Fotografen, wo Ende Juni 3.195 Betriebe eingetragen waren. Die Fotografen sind schon seit vielen Jahren der am stärksten wachsende Handwerksberuf, wobei der überwiegende Teil der Gründungen im Nebenerwerb oder durch Soloselbstständige erfolgt. Im handwerksähnlichen Gewerbe waren 23.631 Betriebe (-50 Betriebe) eingetragen und bei den einfachen Tätigkeiten Anlage A weist die Statistik 44 Betriebe auf.

Viele Chefinnen

Mehr als 24.200 Einzelunternehmen wurden von einer Inhaberin geführt, also rund 18 Prozent bezogen auf alle bei den Handwerkskammern eingetragenen Betriebe. Der Großteil entfiel auf Friseurinnen (7.628 Betriebe), Kosmetikerinnen (6.671) und mit einem Abstand auf Gebäudereinigungen (1.535). Insgesamt war der Anteil der von Frauen geführten Unternehmen bei den Kosmetikerinnen mit 91 Prozent am größten. Hoch war der Anteil ebenso bei Maßschneiderinnen mit 84 Prozent der 1.342 Betriebe. Im zulassungspflichtigen Handwerk lagen Friseurinnen (65 Prozent) und Konditorinnen (34 Prozent von 513 Betrieben) vorn. In den zulassungspflichtigen Berufen des Bauhauptgewerbes wurden dagegen nicht einmal zwei Prozent aller Betriebe von einer Inhaberin geführt. **sc**

